

11/I/2021

Beschluss

Annahme

Unterstützung für die Menschen in Belarus!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion werden dazu aufgefordert, ihre Solidarität mit der Demokratiebewegung in Belarus zum Ausdruck zu bringen und nach zahlreichen Menschenrechtsverletzungen den internationalen Druck auf Lukaschenko zu erhöhen und die Zivilgesellschaft in Belarus zu unterstützen.

Die Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August 2020 waren weder frei noch fair. Die friedlichen Demonstrationen wurden mit Gewalt begegnet. Über 25.000 Protestierende wurden inhaftiert und viele wurden gefoltert. Eine Verbesserung der Lage ist nicht in Sicht. Die belarussische Zivilgesellschaft braucht unsere Solidarität und Unterstützung.

Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf:

- sich für eine sofortige Freilassung von politischen Gefangenen in Belarus einzusetzen
- sich für freie und faire Neuwahlen unter internationaler Wahlbeobachtung durch die OSZE einzusetzen
- sich für personenbezogene Sanktionen gegen Verantwortliche auch aus den mittleren und unteren Führungsebenen des Justiz- und Sicherheitsapparat sowie gegen weitere Unternehmen im Besitz von regimetreuen Oligarchen einsetzen, die für politische Repressionen, Gewalt und Folter sowie die Fälschung der Wahlergebnisse verantwortlich sind
- eine ernstzunehmende Verfassungsreform und den somit verbundenen politischen Wandel unter Beteiligung aller politischen Akteure, insbesondere der Demokratiebewegung, zu fordern und an Russland zu appellieren, einen inklusiven politischen Prozess zuzulassen
- Humanitäre Visa, Visaerleichterungen und mittelfristig eine Visaliberalisierung, insbesondere für Aktivistinnen und Aktivisten, die vor Repressalien fliehen, durchzusetzen
- Austauschprogramme, Beratung und Unterstützung für Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften, Streikkomitees und streikende Arbeiterinnen und Arbeiter aufzusetzen, zum Beispiel in Form von Partnerschaften und Zuschüssen für belarussische Streikfonds.
- Stipendien- und Förderprogramme für verfolgte Menschenrechtsaktivistinnen Aktivistinnen sowie Vertreterinnen und Vertreter von NROs zu unterstützen
- von den Repressionen betroffene Journalistinnen und Journalisten zu unterstützen und freie, im Ausland ansässige Exil-Medien finanziell zu fördern